



# BürgerInnenbrief

12. September 2011

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Gigaliner +++ Sparpolitik +++ Bauwagen +++ Hausboote +++ Linke Bündnisse +++ Gängeviertel +++ Kulturipp

## Keine Gigaliner auf Hamburger Straßen

Von Heike Sudmann



Für Fahrer und andere VerkehrsteilnehmerInnen kaum zu händeln: Gigaliner

Die Hamburgische Bürgerschaft wird am 14. September über den Antrag der Linksfraktion (»Auf die Bremse treten und aus dem Feldversuch für Lang-Lkws aussteigen!«) entscheiden. Worum geht es dabei? Das Bundesverkehrsministerium will im Herbst 2011 einen Feldversuch starten: Riesen-Lkw – so genannte Gigaliner – mit einer Länge von bis zu 25 Metern und einem Gesamtgewicht bis zu 44 Tonnen sollen über Autobahnen, Bundes- und Stadtstraßen fahren. Herkömmliche Lkw dürfen bei einem identischen Gewicht maximal 18,75 Meter lang sein. Bis zu 400 Gigaliner sollen in diesem ersten Schritt zugelassen werden. Der Bund geht davon aus, dass zwei Gigaliner-Touren drei Lkw-Touren ersetzen könnten. Größer, schwerer, effektiver – aber nur auf den ersten Blick.

Schon vor einem Jahr hatte das »Deutsche Institut für Urbanistik« (Difu) in einem Gutachten sowohl auf Gefahren für

andere VerkehrsteilnehmerInnen durch die Riesen-Lkw als auch auf die Rechtswidrigkeit der in Vorbereitung befindlichen Verordnung hingewiesen. Die geplante Ausnahmereordnung erfordere nämlich, so das Difu, eine Beteiligung des Bundesrates.

Diese Einschätzung hat jüngst noch einmal der renommierte Verfassungsrechtler Ulrich Battis in einem Gutachten im Auftrag der »Allianz«, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) sowie zweier Verkehrsunternehmerverbände bestätigt. Eine Mehrzahl der Bundesländer lehnt eine Beteiligung an diesem Feldversuch ab. Doch der SPD-Senat hält an der Zustimmung des vorangegangenen CDU-Senats zu Teststrecken auf Hamburger Gebiet fest.

Der aktuelle Entwurf des Bundesverkehrsministeriums sieht eine Freigabe aller Autobahnen, die durch Hamburg

verlaufen oder in Hamburg enden bzw. beginnen, vor. Der Senat betreibt daher Augenwischerei, wenn er behauptet, dass die Riesen-Lkw nur im Hafengebiet fahren würden. Die A 24 z.B. soll bis zum Horner Kreisel freigegeben werden. Es ist weder anzunehmen noch zulässig, dass ein Riesen-Lkw dann einfach am Horner Kreisel stehen bleibt.

Diese Riesengeschosse sind besonders im Stadtverkehr gefährlich für andere VerkehrsteilnehmerInnen. Ihre Länge und Unbeweglichkeit lassen sich bei Überhol- oder Manövriervorgängen, in Kurven oder gar Kreiseln sowohl von den Lkw-FahrerInnen als auch von anderen VerkehrsteilnehmerInnen nur schlecht händeln. Auch ein - immer wieder unterstellter - positiver ökologischer, Energie einsparender Effekt ist nicht

zu erwarten. Ein Gigaliner kann zwar mehr Güter als ein üblicher Lkw transportieren, doch nach Einschätzung des Umweltbundesamtes wird seine Auslastung nur selten hoch genug sein.

Die Lkw-Lobby (Fahrzeugbauer, Spediteure) setzt sich vehement für diesen Feldversuch ein, weil sie mehr Güter auf der Straße als auf der Schiene sehen will. Wir wollen genau das Gegenteil! Deshalb fordern wir, aus dem Feldversuch mit den Lang-Lkw auszusteigen. Und ganz staatstragend fügen wir hinzu: Die Beteiligung an einer verfassungswidrigen Ausnahmeverordnung, vorbei am Bundesrat, steht außerhalb jeder Diskussion.

## Für ein soziales und gerechtes Hamburg

Von Joachim Bischoff



Sozialsenator Scheele: Schweres Erbe und was draus gemacht wird

Senator Scheele, zuständig für Soziales und Arbeit in Hamburg, scheut nicht vor der Benennung ehrgeiziger Ziele zurück: »Das wichtigste Ziel dieser Behörde ist, der sozialen Spaltung der Stadt entgegen zu wirken. Wir wollen so gut als irgend möglich gleiche Lebenschancen für alle Menschen bieten, egal welcher Herkunft, welcher sozialen Stellung, welcher Bildung. Der soziale Arbeitsmarkt ist ein ganz wichtiger Bereich, er steht unter dem Motto »die Ausgrenzung verhindern und in die Regelsysteme zurück befördern«. Wir versuchen, jedem, unabhängig von seinen gegenwärtigen Chancen am Arbeitsmarkt, eine Perspektive zu vermitteln. Bei den Familienhilfen im weitesten Sinne sind wir dabei, ein geschlossenes System von den frühen Hilfen über Krippe, Elementar-erziehung, Ganztagschule bzw. die Horte an der Schule zu schaffen. Das hilft - wenn es im Laufe dieser Legislaturpe-

riode kostenlos wird - vor allem Kindern aus Familien, die ihre Erziehung nicht ausreichend wahrnehmen können oder wollen. So wirken wir der Kindeswohlgefährdung im Regelsystem sehr wirksam und sehr umfassend und fast lückenlos entgegen.«

In der Tat übernimmt die Sozialdemokratie ein schweres Erbe. Der schwarz-grüne Senat setzte die Politik der Vertiefung der sozialen Spaltung der Vorgänger-Senate fort. Die Grünen hatten sich von ihren früheren Politikansätzen verabschiedet, seit sie mitregierten. Beispiele sind das Sozialticket, der Armuts- und Reichtumsbericht, die soziale Stadtteilentwicklung und die Förderung von bezahlbarem Mietwohnungsbau. Mit der Rückkehr der SPD an die Schalthebel der politischen Macht in Hamburg bleibt gleichwohl offen, was außer einem geordneten Umgang mit den öffentlichen Finanzen ei-

gentlich anders und besser werden soll. Der desaströse Zustand der Finanzen wird – so mein Eindruck – zum Anlass genommen, die Maßnahmen gegen die soziale Spaltung und die Notlagen zu vertagen. Ein politischer Neuanfang, ein Aufbruch in eine andere Entwicklungsrichtung sieht anders aus. Sowohl die Rotstiftpolitik als auch der Verzicht auf eine angemessene Beteiligung von Unternehmen und Vermögensbesitzern an der Finanzierung des Gemeinwesens untergraben die Zukunftsfähigkeit der Stadt und damit die Lebensperspektiven der Mehrheit ihrer BürgerInnen. Hamburg für alle geht anders und wäre bei entsprechendem politischen Willen auch machbar.

Senator Scheele hält offenkundig den politischen Spagat für einen Fortschritt. Auch er verkündet ununterbrochen, jetzt werde die soziale Spaltung und die Benachteiligung großer Bevölkerungsteile energisch angepackt, und proklamiert zugleich die Notwendigkeit, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen Vorrang habe. Scheele versucht im Auftrag des Senats gleichzeitig zur Verkündung großer Ziele die Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu begrenzen, Steigerungsraten zu deckeln, Personal abzubauen und Tarifsteigerungen nicht anzurechnen. Den Vorwurf des Widerspruches zwischen Sonntagsreden und Alltagspraxis weist Scheele zurück: »Die Stadt hat sich vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund der Schuldenbremse eine Ausgabensteigerung um 0,88% verordnet und ist gleichzeitig tarifgebunden. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Tarifsteigerung erkämpfen, dann müssen wir unsere Leistung als Stadt effektiver anbieten, die Organisation verbessern und gegebenenfalls auch Personal abbauen. Außerdem streben wir im Rahmen unserer Bundesratsinitiative die Revitalisierung der Vermögenssteuer an, um auch die Einnahmenseite der Stadt zu verbessern. Für unsere Zuwendungsempfänger und Vertragspartner muss das Gleiche gelten wie für den Kernbereich des öffentlichen Dienstes. Da kann es keine Privilegien geben.«

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist unbestreitbar eine zentrale politische Aufgabe der kommenden Jahre. Dass diese Aufgabe durch die 2009 in das Grundgesetz aufgenommene »Schuldenbremse« befördert wird, bestreite ich allerdings nach wie vor. Der Effekt dieser Grundgesetzänderung wird lediglich in einer drastischen Zuspitzung der Finanzsituation der Länder und in der Folge auch der Kommunen bestehen und die schon jetzt existierende Demokratiekrise verschärfen. Denn immer weniger Gebietskörperschaften werden den ihnen erteilten demokratischen Auftrag aufgrund restriktivster Finanzierungsbedingungen überhaupt wahrnehmen können.

Selbstverständlich müssen bei den Haushalten alle öffentlichen Ausgaben einer präzisen Kritik unterzogen werden. Aber die Hypothese, dass im Bereich der Sach- und Fachausgaben oder aber beim Personal des öffentlichen Dienstes enorme Kürzungspotenziale zu entdecken sind, ist falsch. Schon in den letzten Jahren wurde eine Verschlangungspolitik beim Staat betrieben, die gesetzlichen Leistungen werden mit einem Minimum an Beschäftigten realisiert und weite Bereiche der öffentlichen sozial-kulturellen Infrastruktur sind unterfinanziert. Wenn man diese Entwicklung umkehren und nicht noch zusätzlich »Zukunftsinvestitionen« für Infrastruktur, Forschung und Bildung einschränken will, muss man eine ausgangsgerechte Einnahmepolitik auf den Weg bringen.

Der SPD-Senat sollte deshalb die Hälfte der absehbaren Steuermehreinnahmen für die Linderung der genannten Unterfinanzierungen verwenden. Dies würde zur Stärkung der regionalen Wirtschaft durch mehr Einkommen und Wertschöpfung führen. Die Stärkung der Hamburger Wirtschaftspotenziale und Einkommenskreisläufe wäre eine kluge Politik gegenüber künftigen Risiken und wirtschaftlichen Rückschlägen. Zu Recht weist der DGB-Vorsitzende Uwe Grund darauf hin, »dass Olaf Scholz mit dem Vorhaben der Haushaltskonsolidierung scheitern wird«. Denn der Bürgermeister wolle in einigen Bereichen kürzen, bleibe aber bei

## Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

## Dr. Joachim Bischoff

Ökonom | Sozialwissenschaftler | Politiker | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Home | Impressum | Datenschutz | Kontakt | Newsletter | Suche

Alle Beiträge  
Wähle den Monat

Die Themen

- Allgemein (2)
- Arbeitsmarktlage (2)
- BürgerInnenbrief 2011 (2)
- DIE LINKE (1)
- Finanz- und Wirtschaftspolitik (1)
- HALTBAR (1)
- Gesundheit (1)
- SOZIAL (1)
- Umwelt (1)
- Verkehr (1)
- Wohnen (1)

**DIE LINKE in Hamburg**

- BürgerInnenbrief 2011
- DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
- DIE LINKE Hamburg Homepage des Landesverbands

Suchen

**Kommentare zu politischen Ereignissen nicht nur in Hamburg**  
Publiziert am 12.09.2011 19:40:00

**Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot**  
Publiziert am 12. August 2011

Joachim Bischoff

Die Finanzstrategie Hamburgs hat sich im 1. Halbjahr 2011 deutlich verbessert. Dazu haben vor allem die wegen der guten Konjunkturerholung kürzeren Steuerminisatzen beigetragen. Die stiegen gegenüber dem Vorjahresniveau um knapp 370 Mio. Euro bzw. 5,3%. Da gleichzeitig die Betriebsausgaben etwa auf Vorjahresniveau gehalten sind und die Investitionen um etwa 20 Mio. Euro abgesenkt wurden, ergibt sich unterer Strich ein Überschuss von 260 Mio. Euro. 2010 war demgegenüber zur Jahresmitte noch ein Fehlbetrag von 475 Mio. Euro zu verzeichnen. [weiterlesen](#)

der Politik der Einnahmeverbesserungen zu defensiv. Denn »würden die wirklich Reichen und Vermögenden sowie die Unternehmen in Hamburg nur die Steuern bezahlen, die sie der öffentlichen Hand tatsächlich schulden, sind viele Einnahmeprobleme schon gelöst«, sagt Uwe Grund weiter. Deshalb fordert der DGB, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer reformiert werden müssen. Ein Ausgabenwachstum von maximal 1% eröffnet keinen Handlungsspielraum für die Zurückdrängung der sozialen Spaltung oder die Beseitigung der Unterfinanzierung in vielen Bereichen. Eine solche Politik läuft faktisch auf Personalabbau und Begrenzung der öffentlichen Dienstleistungen hinaus, was ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist und die soziale Spaltung in der Stadt enorm verschärft.

Das Verschuldungsproblem ist auch auf Hamburger Ebene allein durch konjunkturbedingte Steuererhöhungen nicht zu lösen. Dazu brauchen wir in der Tat eine Stärkung der Einnahmeseite, wie sie der DGB-Vorsitzende umrissen hat. Gewichtige Einnahmeerhöhungen sind allerdings in den »roten« Planungen nicht vorgesehen. Die einzige Botschaft in dieser Hinsicht lautet: Die schon von Schwarz-Grün angekündigte Aufstockung des Personaltableaus der Steuerfahndung um lächerliche sechs Stellen soll von der Stellenkürzerei ausgenommen werden. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Hamburg – wie die den Steuerbehörden zugespielten CDs mit Daten von Steuerhinterziehenden gezeigt haben – eine Hochburg des Steuerbetrugs ist, deutlich zu wenig.

Wenn Scholz also behauptet, dass man mit knappen Kassen »entschlossen gute Politik machen« könne, geht das an den großen finanzpolitischen Herausforderungen einer zukunftsgerechten Stadtpolitik vorbei. Mit »knappen Kassen« lassen sich nicht einmal die drängendsten sozialen Probleme der Stadt lösen und die unaufschiebbaren Investitionen in die Wirtschaft, in die öffentliche und soziale Infrastruktur sowie in Bildung und Kultur finanzieren. Dazu braucht es eine deutliche Verbesserung der Einnahmen. Aber darüber schweigt sich der SPD-Senat aus.

CDU und GAL haben Spielwiesen gepflegt: Die Leuchtturmprojekte der Schwarzen wurden von grünen Utopien ergänzt. Elbphilharmonie und Ausbau der Radwege war die Devise. Damit wurde in den letzten beiden Jahren ein Verlust von 3,4 Mrd. Euro »erwirtschaftet«, ganz abgesehen von den Folgen der Wirtschaftskrise mit sinkenden Steuereinnahmen und Erlösen der städtischen Unternehmen, der Deckung der Verluste der HSH Nordbank infolge ihres Engagements im internationalen Finanzcasino.

Was tun? Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen lässt sich auf mittlere Sicht auch in Hamburg kein grundlegender Politikwechsel umsetzen. Sanierung der öffentlichen Finanzen darf aber nicht heißen, die soziale Spaltung in der Stadt zu vertiefen. Die Sanierung muss bei den Reichen und Superreichen anfangen. Wer allerdings über Spekulanten, Hotels und Banken Schutzschirme hinhält, Eltern und ArbeitnehmerInnen dagegen zur Kasse bittet, hat seine Aufgabe falsch verstanden.

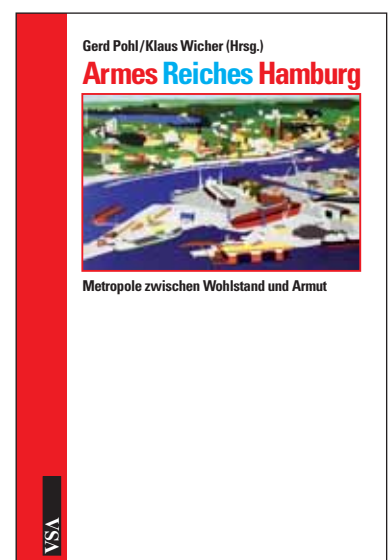
Die Stadt Hamburg muss nicht kürzen. Sie muss nur solidarisch wirtschaften und den Reichtum gerecht verteilen. In der Hafencity, an der Elbchaussee, auf der Baustelle der Elbphilharmonie und der U4 werden Millionen und Milliarden verbaut – mit viel und immer noch mehr öffentlichem Geld. Wir brauchen keine Schutzschirme für die HSH Nordbank oder für Hapag Lloyd – dank ihrer Absicherung pusten Banken und Börsenzocker nur die nächste Spekulationsblase auf. Wir brauchen eine nachhaltige Unterstützung von Kindern, Eltern, Erwerbslosen und Armen.

Vernünftige öffentliche Dienstleistungen erreicht man vor allem nicht durch Gehaltskürzungen bei BeamtInnen und weitere Leistungseinschränkungen, sondern durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Umschichtungen im Haushalt sind möglich. Und die Stadt kann durch konsequente Nutzung von öffentlichen Büroflächen und Überprüfung von Marketing-Projekten ihre Betriebskosten spürbar senken. Ca. 250 bis 300 Millionen Euro könnten so mobilisiert werden.

## VSA: Armes Reiches Hamburg

Gerd Pohl/Klaus Wicher (Hrsg.): **Armes Reiches Hamburg**. Metropole zwischen Wohlstand und Armut 192 Seiten | EUR 14.80 | ISBN 978-3-89965-471-4

»Hammonia, oh wie so herrlich stehst du da«, heißt es in der Hymne der Hansestadt. Kann davon wirklich die Rede sein? Hamburg ist die Stadt mit den meisten Millionären in Deutschland. Zugleich nimmt die Zahl der armen Menschen zu. So ist die Stadt immer stärker geprägt durch eine Kluft zwischen Reichtum und Armut. Dies machen die Autorinnen und Autoren – **auch Joachim Bischoff und Michael Joho sind mit Beiträgen vertreten** – deutlich: Die Fehlentwicklungen sind mit dem Ethos des »Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg« nicht vereinbar, sondern ein sozialer Skandal. Sie bedürfen grundlegender Korrekturen, damit es zu einer sozial gerechteren Stadtentwicklung kommt. Ihre Themen sind: Privater Reichtum – öffentliche Armut. Wer lebt über wessen Verhältnisse? | Hamburgs Reiche und Superreiche | Sozial gespalten in die Zukunft? Wirtschaft, öffentliche Finanzen, Stadtentwicklung | Arbeitslosigkeit – Niedriglöhne – Armut | Hamburg prekär: Armut und Ausgrenzung in einer wachsenden Stadt | Wohnungsnot und soziale Schieflagen | Altersarmut nimmt zu. Konzepte für eine Umkehr | Skandal Kinderarmut | Die Tafeln: eine sozialpolitische Herausforderung  
Im Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



# Zomia & der Elefant – keine schöne Geschichte

Von Heike Sudmann



Bei Bauwagen sieht Bezirksamtsleiter Markus Schreiber rot

Wie schaffen es 15 Menschen, zu einem Politikum in dieser Stadt zu werden? Indem sie Pech haben und einen für ihre alternative Wohnform geeigneten Platz im Bezirk Hamburg-Mitte entdecken. Doch der Reihe nach.

15 Menschen haben sich zusammengetan, um aus ganz unterschiedlichen Gründen in Bauwagen gemeinsam zu wohnen und zu leben. Bauwagenwohngruppen sind in Hamburg keine wirklich neue Wohn- und Lebensform. Seit Jahren, fast seit Jahrzehnten, gibt es in verschiedenen Bezirken diverse Bauwagengruppen. Anfängliche Vorbehalte und Aufregungen bei einigen PolitikerInnen und NachbarInnen haben sich gelegt, im Bezirksamt Altona gibt es sogar einen amtlichen Bauwagenbeauftragten.

Völlig unbeeindruckt von den Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Bezirken wird in Hamburg-Mitte jedoch der Weltuntergang eingeläutet, weil 15 Zomia-Leute auf einer brach liegenden Fläche in Wilhelmsburg ihre Bauwagen aufgestellt haben. Diese Fläche ist zwar als Gewerbegebiet ausgewiesen, wird aber auch in den nächsten Jahren weiterhin unbebaut bleiben. Viele WilhelmsburgerInnen nutzen das Gelände zum Spazierengehen, Hunde laufen lassen und zur Erholung. In der öffentlichen Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses im Juni 2011 wurde allerdings deutlich, dass diese Nutzung auch mit den Bauwagenleuten weiterhin möglich ist. Die vom Bezirksamt Mitte und ihrem Leiter Markus Schreiber (SPD) behaupteten Beschwerden über Zomia dürften mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Dafür passen sie

aber in ein verengtes Weltbild, das alternative Wohnformen und deren NutzerInnen zu einer Bedrohung macht. Und insbesondere Rambo Schreiber befürchtet Rebellion und sieht rot.

Während der Bezirksamtsleiter sich als Hardliner geriert und nach der Räumung des Bauwagenplatzes schreit, scheint der Senat durchaus zu wissen, dass zu einer toleranten und weltoffenen Großstadt auch BauwagenbewohnerInnen gehören. So versuchen SenatsvertreterInnen, die Scherben im Porzellanladen zusammenzuklauben und den Elefanten Schreiber in seine Schranken zu verweisen, damit er nicht noch mehr Unheil anrichtet. Das Problem: Ein Elefant vergisst nie, vielmehr leckt er noch immer seine Wunden, wurde er doch bei der Aufstellung des SPD-Senats schlicht übergangen. Dabei hatte er sich in einem Interview Anfang des Jahres mal eben als Stadtentwicklungssenator empfohlen. Und weil das nun bekanntlich nichts geworden ist, trampelt er auf dem Senat, auf den Nerven der meisten PolitikerInnen und vor allem der Bauwagenleute herum.

Eine kleine Hoffnung gibt es noch: Herr Schreiber war bekanntlich auch kein Fan des Gängeviertels und der Initiative »Komm in die Gänge«. Letzte Woche hat er jedoch – anscheinend mit Begeisterung – den Kooperationsvertrag für das Gängeviertel und damit eine genossenschaftliche Lösung unterzeichnet (siehe hierzu auch Seite 10). Ein Sinneswandel ist also möglich. Und vielleicht bedarf es dann auch keiner Alternativflächen für Zomia in anderen, toleranteren Bezirken.

## Städtische »Grundstücke« zum Spottpreis?



Luxus-Hausboote bekommen supergünstige Konditionen

Insgesamt neun so genannte Hausboote liegen mittlerweile im Eilbekkanal im Bezirk Nord. »Realisiert« worden sind die edlen, z.T. recht designermäßig wirkenden Objekte zwischen März 2008 und März 2011, entsprechende Entscheidungen gingen auf einen Senatsbeschluss im März 2006 zurück. Ausloberin »für die Hausboote und Schwimmenden Häuser« war die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), die sich zwischen 81 eingereichten Wettbewerbsbeiträgen entscheiden musste. All das entnehmen wir der Senatsantwort auf unsere Kleine Anfrage vom 9.9.2011 zu den Wohnschiffen im Eilbekkanal.

Wir waren irritiert darüber, wie günstig die schwimmenden EigenheimerInnen zu ihren (Wasser-) Grundstücken gekommen sind, und wollten Näheres wissen. Und tatsächlich erfahren wir aus der Senatsantwort Grundlegendes: »Im Gegensatz zu Landflächen sind Wasserflächen in der Regel dauerhaft von Wasser überdeckt.« Für die Bebauung von Landflächen ist das Baurecht da, wohingegen die Hamburgische Bauordnung (HbauO) »ausdrücklich nicht für Schiffe und andere schwimmende Anlagen, die ortsfest benutzt werden, einschließlich ihrer Aufbauten« zur Anwendung komme. Nun stellt sich natürlich die Frage, ob Hausboote eigentlich noch schwimmfähige Schiffe oder aber fest mit und auf dem Boden verankerte Häuschen sind, die auf dem Wasser liegen. Der Senat behauptet in seiner Antwort, dass die Hausboote auf dem Wasser schwimmen und lediglich »jeweils an zwei Dalben befestigt« seien. Wer den Bauprozess erlebt hat und sich jetzt die massiven Ergebnisse anschaut, kann da schon ein wenig Skepsis entwickeln.

Diese Aspekte sind aber nicht unerheblich, wie Peter Heim von der Linksfraktion Nord anmerkt: »Ein Skandal ist der Umstand, dass die Häuser nicht nach der Hamburgischen Bauordnung genehmigt wurden. Brandschutz, Standsicherheit (Statik), Schall- und Wärmeschutz, Treppenbreiten etc., all das soll hier keine Rolle spielen? Diese Wohnungen sind doch of-

fenbar für den Dauerbetrieb (fest verbunden mit dem angrenzenden Land) ausgelegt. Ich denke, hier ist Regelungsbedarf.« Sicher auch für die Versicherungen.

Es geht hier aber auch und schließlich nicht zuletzt um wertvollen städtischen Grund und Boden oder im übertragenen Sinne um be- oder unersetzten auch überbaubare (Wasser-) Flächen. Werden in Hamburg, je nach Lage, zwischen einigen Hundert und einigen Tausend Euro pro Quadratmeter Grund verlangt, schreit ein Markus Schreiber Zeter und Mordio, wenn mal ein Bauwagen am Horizont auftaucht. Wurden früher (illegale) Hausboote kurzerhand gestürmt und weggeschleppt, möchte man doch wissen, was es eigentlich kostet, in schöner Lage, im Grünen und mit Wasserblick (wie z.B. auf dem Eilbekkanal) ein solches Topmodell zu unterhalten. In der Senatsantwort heißt es auf die klare Frage, ob die »Grundstücke« auf dem Eilbekkanal eigentlich »verkauft, verpachtet oder vermietet wurden«, dass »die Gewässerflächen auf Grundlage einer wasserrechtlichen Genehmigung gemäß § 15 des Hamburgischen Wassergesetzes an die jeweiligen Nutzer vergeben« wurden. Ah ja. Und wir erfahren auch noch, dass die »landseitige Nutzung« durch den »Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge gemäß § 19 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes« erfolgt sei.

Aber was sind nun die Konditionen für die EigenheimerInnen zu Wasser? »Die Gebühren für die Gewässernutzung richten sich nach der Umweltgebührenordnung und beziffern sich je nach Größe der Hausboote auf ca. 530,00 bis 710,00 Euro pro Jahr und Liegeplatz. Für die »landseitige Nutzung« werden abhängig von der in Anspruch genommenen Fläche Nutzungsentgelte in Höhe von 869,40 bis 1.795,50 Euro pro Jahr und Liegeplatz erhoben.«

Das alles klingt nach superbilliger Überlassung städtischer Flächen an ein paar ArchitektInnen und sonstige Bauherren. Aber das bleibt bisher noch etwas nebulös. Da werden wir noch einmal nachhaken müssen!

## »Breite linke Bündnisse« ...

Von Michael Joho



RaS-Initiativen wird schon mal der Rücken zugekehrt

... ist eine Passage im Schlusskapitel des Programmentwurfs der LINKEN (in der Fassung vom Mai 2011) überschrieben, die mehr als nur eine Floskel sein sollte: »Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und parlamentarischen Bereich. Sozialer Wandel und politische Veränderung müssen aus der Gesellschaft erwachsen und von vielen Menschen getragen werden. Wir ringen daher um ein breites gesellschaftliches Bündnis ... zur solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft.«

Wenn ich diese aus meiner Sicht richtige Herangehensweise auf den Umgang mit den stadt(teil)politischen Bewegungen in Hamburg beziehe, fällt eine gewisse Diskrepanz ins Auge. Obwohl sich beispielsweise im Netzwerk »Recht auf Stadt« (RaS) im September 2008 rund 60 Initiativen zusammengetan haben und bei Großveranstaltungen wie der RaS-Parade am 6. Dezember 2008 locker auf 100 anwachsen, scheint mir die Beteiligung der LINKEN an eben diesen Gruppierungen recht dünn und auf der Ebene des Zusammenschlusses nahezu gar nicht gegeben zu sein. Woran liegt das? Daran, dass JournalistInnen und PolitikerInnen auf den RaS-Plena ausgeschlossen sind? Daran, dass das RaS-Netzwerk von einigen LINKEN als kleinbürgerliche Bewegung mittelständischer InnenstadtbewohnerInnen deklariert wird? Oder schlicht daran, dass die Verankerung und das Engagement vieler LINKER sich eher auf die Basisgruppen der Partei und die Arbeit in den bezirklichen Gremien als auf die Initiativen und Bündniszusammenhänge der Bewegungen bezieht?

Vielleicht hat es von alledem etwas. Dass sich daran allerdings etwas ändern sollte, zeigt mir die über viele Monate ge-

führte Debatte um einen »Stadtpolitischen Kongress«, der nun endlich für Anfang nächsten Jahres terminiert ist. Zeitweilig hat sich mir nicht wirklich erschlossen, warum gerade um eine solche Veranstaltung alle möglichen Anträge und Erwartungen und eine gepfefferte Landesvorstandsschelte kreisten. Schließlich fanden doch gerade in Hamburg alle Naslang durchaus gut besuchte stadtpolitische Kongresse statt (»2. Konferenz zur sozialen Spaltung« zum Schwerpunkt Wohnen am 16.2.2011, der RaS-Kongress »Right to the City« vom 2.-5.6.2011 oder die ver.di-Konferenz »Sozial geht anders: Recht auf Stadt – Recht auf Zeit – Recht auf Leben« am 24.6.2011). Hier war die geballte fachliche Kompetenz fortschrittlicher Kräfte versammelt, hier wäre auch die LINKEN gefragt gewesen, um zu hören, zu lernen und sich in den Diskurs einzubringen. Ich befürchte beim jetzigen Stand, dass eine eigene Stadtpolitische Konferenz der LINKEN nicht übermäßig viele Menschen aus den Initiativen und Bewegungen hinterm Ofen hervorlocken würde. Da sind einfach zu wenig Kontakte und Verbindungen, vor allem auch zu wenig wirklich neue, spannende Konzepte im Köcher, vorhandene, ausgefeilte und ausstrahlende Positionen in Teilbereichen sind keineswegs Allgemeingut. Aber es bleibt ja noch ein wenig Zeit...

»Breite linke Bündnisse« sind jedenfalls nach meinem Dafürhalten das eigentliche Salz in der Suppe, ohne solche Zusammenschlüsse, ohne die Mobilisierung und das Eigenengagement einer großen Zahl an Menschen, ohne neue Formen der Initiativenkultur und BürgerInnenbeteiligung bewegen wir auf Dauer nichts. Sie können nicht durch noch so engagierte Stadtteilgruppen der LINKEN, nicht durch eine konsequente parlamentarische Oppositionsarbeit oder gar durch noch so verbalradikales Auftreten (in dem die Enttäuschung

über die ausbleibenden Massenproteste vorprogrammiert ist) ersetzt werden.

Wenn DIE LINKE wiederholt einfordert, die Menschen wirklich, ernsthaft und nachhaltig an den Prozessen auf allen Ebenen der Gesellschaft (im Betrieb, im Quartier usw.) zu beteiligen, also auf das Eigenengagement abhebt, dann muss dies auch damit einher gehen, alle zarten Pflänzchen des Protests und Widerstands, der Organisierung und Mobilisierung von Menschen aufzugreifen. Natürlich ist nicht jede BürgerInnenbewegung per se fortschrittlich. In meinem Stadtteil St. Georg z.B. hat sich eine Initiative von überwiegend neu Hinzugezogenen formiert, bei denen die Gefahr besteht, dass sie vor allem auf die Vertreibung der »am Rande der (bürgerlichen) Gesellschaft« stehenden Menschen (Prostituierte, AlkoholikerInnen, DrogenkonsumentInnen, Obdachlose) abzielt. Dies ist keine fortschrittliche Bewegung, weil die gesellschaftlichen Probleme und Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt sind. Dies ist aber sehr wohl ein BürgerInnenprotest, dem man Beachtung schenken und mit dem man sich im direkten Dialog auseinandersetzen sollte. Nur so kann auf Dauer eine Bewusstseinsänderung erreicht werden. Und hier haben alle linken Kräfte eine wichtige Aufgabe – und den Vorteil einer begründeten und umfassenden Position sowie eines organisatorischen Zusammenhalts im Rücken.

Aber im Programmentwurf ist auch nicht von irgendwelchen Zusammenschlüssen die Rede, sondern von angestrebten breiten linken Bündnissen. Wer sich ein wenig mit den Positionen der Recht-auf-Stadt-Bewegung beschäftigt, kommt nicht umhin, deren fortschrittliche, überwiegend sogar antikapitalistische Akzente wahrzunehmen. Der französische marxistische Soziologe Henri Lefebvre (1901–1991) hat als zentralen Aspekt des Rechts auf Stadt die »Einführung des ›Rechtes auf die Straße‹ (also des Rechtes auf Nichtausschluss aus der Zentralität und ihrer Bewegung)« (H. Lefebvre, Die Revolution der Städte, München 1972, S. 160) proklamiert. Das heißt, die Stadt soll für alle Menschen da sein, eine Privatisierung öffentlichen Raumes, die Vertreibung beispielsweise von Obdachlosen aus der City, die Verdrängung von BewohnerInnen mit weniger Kohle aus den innenstadtnahen Quartieren (Gentri-

fizierung) sind grundsätzlich abzulehnen. Kämpft nicht auch DIE LINKE dafür, dass die Herrschafts-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse überwunden werden und die nivellierten Verhältnisse eine gerechte und demokratische Gesellschaft für alle sind?

Es gibt viele Anknüpfungspunkte und auch Übereinstimmungen zwischen den Forderungen und Zielen der LINKEN und den Positionen der Recht-auf-Stadt-Bewegungen. Der Kampf gegen Wohnungsnot, Mietpreissteigerungen, Wohnungs- und Büroleerstand ist ein solches gemeinsames Anliegen. Allerdings haben die Hamburger RaS-AktivistInnen mit »Fette-Mieten-Partys«, punktuellen Besetzungen und großen Demonstrationen das Thema wirklich auch auf die Straße bringen können. Der Kampf gegen Privatisierungen von öffentlichen Besitztümern (z.B. um die Rekommunalisierung der Energienetze) wird von den RaSlerInnen genauso intensiv betrieben wie von der LINKEN. Und auch das Ringen für den Erhalt von öffentlichen Räumen ist etwas, was den LINKEN nicht fremd sein dürfte. Aber gerade dem Engagement vieler RaS-Gruppen ist zu verdanken, dass es immer noch eine Rote Flora gibt, das Gängeviertel nach neuesten Vereinbarungen zumindest tendenziell der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen wird, ein Park Fiction ebenso wie das Centro Sociale entstehen konnten. Nicht dass ich die Illusion nähren will, man könne die Gesellschaft durch kleine, langsam anwachsende Inseln der Glückseligkeit nach und nach befreien. Aber was in diese Orte an Energie und Kreativität geflossen ist und fließt, hat einen enormen Motivationsschub, Lust und Laune ausgelöst und bringt damit etwas von einer Utopie zum Ausdruck – etwas, was ich bisweilen in der LINKEN ein wenig vermisste.

Ich bin überzeugt, dass DIE LINKE von den Ideen, Positionen und Aktionen der RaS-Bewegung viel lernen kann. Ich setze auch darauf, dass sich mehr Mitglieder der Partei in die Auseinandersetzungen vor Ort, also in den Vereinen, Initiativen und sonstigen Bewegungen einmischen. DIE LINKE sei eine lernende Organisation, heißt es. In Hamburg haben wir gute Chancen, dies unter Beweis zu stellen und mit vielen anderen dafür zu sorgen, dass das »Unternehmen Hamburg«,





die Zurichtung der Stadt für InvestorInnen, Hedgefonds und Eventversessene in den Grundfesten erschüttert wird. Kein kleines Ziel natürlich, eben auf Dauer angelegt – in breiten linken Bündnissen!

#### Tipps zum Weiterlesen

- Christoph Twickel: Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle. Hamburg 2010 (Nautilus-Verlag).
- Andrej Holm: Wir bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster 2010 (UNRAST-Verlag).
- Andrej Holm: Das Recht auf die Stadt. In: Blätter für deut-

sche und internationale Politik, Berlin, 8-2011, S. 89–97.

- Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Hamburg 2011 (VSA: Verlag). Darin insbesondere der Beitrag »Stadtplanung von unten. Die »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg« von Jonas Füllner und David Templin (S. 79-104).
- Peter Birke: Zurück zur Sozialkritik. Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«. In: Linke Metropolenpolitik. Hrsg. von Andrej Holm, Klaus Lederer und Matthias Naumann. Münster 2011. S. 34-49.
- [www.rechtaufstadt.net](http://www.rechtaufstadt.net)
- <http://www.gentrificationblog.wordpress.com/>

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die Materialien und einige Vorträge der **ver.di-Stadtkonferenz »Sozial geht anders«** (u.a. Thomas Pohl über »Soziale Stadtentwicklung« und Dirk Seifert zu aktuellen Widerstandsbewegungen) stehen jetzt im Netz: <http://bund-laender-hamburg.verdi.de/aktuell/stadtkonferenz>.

Das hehre Versprechen Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit den Planungen für die **»Neue Mitte Altona«** wurde bisher nicht wirklich eingelöst. Den nächsten Versuch zur Gestaltung des Altonaer Bahngeländes unternimmt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt am **Donnerstag, den 15. September** um 19.00 Uhr in der Aula der Louise Schröder Schule (Thedestraße 100).

Ein neues Programmformat präsentiert am **Samstag, den 17. September** um 20.15 Uhr der TV-Sender ZDFinfo: »Ulrich protestiert«. Die erste Dokumentation ist dem Thema Recht auf Stadt gewidmet.

Zwei Billstedter Initiativen laden für **Mittwoch, den 21. September** um 19:30 Uhr im Kulturpalast (Öjendorfer Weg 30a) zu einer Veranstaltung zum Thema **»Billstedt, mein Zuhause: Wo geht's hin?«** ein. Mit dabei Claudia Deppermann (Wir für Billstedt), Prof. Jürgen Oßenbrügge, Dirk Klaes (Aktivist im Netzwerk Recht auf Stadt), Olaf Duge (GAL), Hildegard Jürgens (SPD), Andreas Gerhold (Piraten) und Joachim Bischoff (DIE LINKE). Moderiert wird die Veranstaltung von Uwe Böhm (Hallo Billstedt).

Seit gut anderthalb Jahren tauscht das von der Lawaetz-Stiftung begleitete **»Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte«** Erfahrungen in den Stadtteilgremien aus. Die nächste Zusammenkunft ist am **Donnerstag, den 22. September** um 19.00 Uhr im Stadtteilbüro Steilshoop (Schreyerring 47). Unter anderem geht es um die Themen Verfügungsfonds, Freiwilligen-Engagement und Bürgerbeteiligung.

Um die **aktuelle Wohnungspolitik** geht es auf einer Veranstaltung der Bergedorfer Linksfraktion in der Bezirksversammlung am **Donnerstag, den 22. September** um 19.00 Uhr im Café im Bergedorfer Schloss. Position beziehen werden Heike Sudmann (stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft) und Joachim Bischoff (wohnungspolitischer Sprecher).

**»Wohnen für alle in der kompakten Stadt«** ist das Thema einer Tagung des Architektur Centrums am **22./23. September** mit Senatorin Jutta Blankau, Prof. Dr. Hartmut Häussermann und HafenCity-Chef Jürgen Bruns-Berentelg. Die Teilnahmegebühren sind allerdings mit 145 Euro (ermäßigt 90 Euro) für beide Tage und 90 Euro für einen Tag unverschämt ([www.architektur-centrum.de](http://www.architektur-centrum.de)).

Am **24. September** veranstaltet attac von 10:00 bis 15:00 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32/34) einen Bildungstag zum **Hamburger Staatshaushalt und den Plänen für 2011/2012**. Joachim Bischoff wird als Referent und Diskutant dabei sein (Anmeldung: [sozialpolitik.attac-hh@gmx.de](mailto:sozialpolitik.attac-hh@gmx.de)).

## Linke Metropolenpolitik

Wenige Wochen vor der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. September ist im Verlag Westfälisches Dampfboot das auch für Hamburgs Linke und LINKE sehr lesenswerte Buch »Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin« erschienen. Im Mittelpunkt steht dabei eine Art Bilanz der Stadtentwicklung in der Bundeshauptstadt, die seit dem Jahre 2001 von einer rot-roten Koalition regiert wird. Wie die Herausgeber – die beiden Wissenschaftler Matthias Naumann und Andrej Holm sowie der Berliner Landesvorsitzende der LINKEN, Klaus Lederer – einleitend betonen, bestanden durch die Beteiligung der LINKEN am Senat »grundsätzlich viel versprechende Bedingungen für eine grundsätzliche Diskussion um linke Stadtpolitik, ihre praktische Umsetzung und kritische Reflexion. Diese Potenziale konnten jedoch im vergangenen Jahrzehnt nicht hinreichend genutzt werden.«

Es geht also einerseits um die Erfolge und Misserfolge der LINKEN auf Senatsebene, aber zugleich auch um die diffizile Frage, wie die parlamentarische Arbeit mit der außerparlamentarischen übereingehet oder oft auch gegenläufig ist, wie sich also die außerparlamentarischen Initiativen mit einer LINKEN vertragen (oder auch nicht), die sowohl inner- als auch außerhalb des Berliner Abgeordnetenhauses wirkt. Die lange vernachlässigte Wohnungspolitik des Berliner Senats (Verkauf kommunalen Wohnungsbesitzes, mangelnder Neubau, Mietpreisexplosion) hat zu großen Konflikten mit Stadtteilgruppen und Mieterbewegungen geführt und wird in der bevorstehenden Wahl zumindest die Stimmabgabe für DIE LINKE beeinflussen.

Das Buch dokumentiert (Teil-) Ergebnisse aus dem Berliner Arbeitskreis »Linke Metropolenpolitik«, der sich aus VertreterInnen der LINKEN und außerparlamentarischer Strömungen zusammensetzt. Auch wenn »von Teilen der sozialen Bewegungen diese Konstellation als Strategie der Vereinnahmung angesehen wurde«, auch wenn es in der Einführung heißt, dass es zurzeit »weder der parteipolitisch gebundenen LINKEN noch den sozialen Bewegungen oder den kritischen Wissenschaftskreisen gelingt, ein schlüssiges, realisierbares und umfassendes Programm für eine linke Metropolenpolitik zu formulieren«, vereinigt der Band doch eine Reihe von Beiträgen, die Ansatzpunkte für eine solche Politik bieten und in vielerlei Hinsicht auch auf Hamburg übertragbar sind. Über »Die Stadt im Neoliberalismus« schreibt z.B. Daniel Mullis und Peter Birkes Beitrag »Zurück zur Sozialkritik. Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt« verweist sogar auf die Prozesse in der Elbmetropole. Die »Möglichkeiten und Grenzen »linker« Stadtplanung« umreißt Michail Nelken, Katrin Lompscher bringt die Stadtentwicklung mit der Partei DIE LINKE in Verbindung.

Andrej Holm stellt der »Wohnungspolitik der rot-roten Regierungskoalition in Berlin« keine gute Note aus, anders als im Bildungswesen oder auf dem öffentlichen Beschäftigungssektor. Ingo Bader setzt sich mit der »kreativen Stadt« auseinander, ein Begriff, der in Hamburg gerne von der GAL verwendet wird, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der sozialen Probleme. Alles in allem: eine anregende Lektüre, die ganz sicher auch nach der Wahl, wie immer sie für DIE LINKE auch ausgehen mag, noch Inspirationsquelle bleiben wird.

## Selbstverwaltung des Gängeviertels kommt!

Einen großen Erfolg nach gut zwei Jahren des Engagements konnte die Initiative »Komm in die Gänge« verbuchen: Die Unterzeichnung eines Vertrages mit der Stadt ermöglicht eine dauerhafte, auf genossenschaftlicher Basis organisierte Zukunft des Gängeviertels, das ohne den Protest und die Besetzung am 22. August 2009 zum langweiligen, verglasten Renditeobjekt verkommen wäre. Wir dokumentieren im Folgenden die Stellungnahme der Initiative vom 8.9.2011 sowie zwei Reaktionen aus der LINKEN.

### Senat ist in die Gänge gekommen

Die Initiative »Komm in die Gänge« begrüßt, dass heute parallel zur Verabschiedung des Integrierten Entwicklungskonzeptes auch die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Hamburg und den NutzerInnen des Gängeviertels unterzeichnet wird. Die gemeinsame Unterzeichnung dieser Vereinbarung stellt sicher, dass die historischen Gebäude des Viertels voraussichtlich durch den Michel-Architekten Joachim Rei-

nig betreut und denkmalgerecht saniert werden können und durch die Gängeviertel Genossenschaft 2010 e.G. schließlich in Selbstverwaltung übernommen und entwickelt werden können. Dennoch liegt das schwerste Stück immer noch vor uns, denn durch die vereinbarte Übernahme der Häuser durch unsere Wohn- und Kulturgenossenschaft haben wir die Möglichkeit und stehen ebenso in der Verantwortung, einen kollektiven, offenen und selbstverwalteten Ort zu schaffen, der eine Beteiligung an der Gestaltung des städtischen Miteinanders ermöglicht. Vom Senat erwarten wir in diesem Prozess, dass er den Geist des heute unterzeichneten Papiers ernst nimmt und den schönen Worten auch entsprechende Taten folgen lässt. Dies wird sich in den folgenden Verhandlungen zeigen, insbesondere bei der Höhe des von uns angestrebten Erbpachtzinses.

Als besonders positiv betrachten wir die offensichtlich vorhandene Einsicht der städtischen Verantwortlichen, dass für eine lebendige Stadtentwicklung »von unten« andere Ansätze nötig sind als die altbekannte und vielfach gescheiterte Vermarktung des städtischen Raums unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Eine Stadt braucht Freiräume und ein leben-



Vertragsunterzeichnung für das Gängeviertel

diges Miteinander, und wir hoffen, dass sich diese Erkenntnis beim amtierenden Senat über den heutigen Tag hinaus hält und auch auf anderen Konfliktfeldern wie den Esso-Häusern, dem Bernhard-Nocht-Quartier, dem Wagenplatz Zomia, der MieterInnen-genossenschaft Karolinenviertel, der Roten Flora und der Rindermarkthalle Niederschlag findet. Vieles, auf das sich heute geeinigt wurde, galt noch vor kurzer Zeit als nicht verhandelbar, und doch zeigte sich, was alles möglich wird, wenn nur der notwendige politische Wille vorhanden ist. In der Kooperationsvereinbarung bekennt sich der Senat dazu, auch künftig dazu beizutragen, kreative Lösungen zu ermöglichen und Entfaltungsfreiräume zu sichern. Wenn sich dieses Bekenntnis auch auf den Rest der Stadt und auf die Anliegen der »Recht auf Stadt«-Initiativen bezieht, sind wir auf einem guten Weg.

Wir sehen in der Kooperationsvereinbarung einen ersten Schritt in die richtige Richtung und das Ergebnis von 2½ Jahren harter Arbeit, bei der wir in der Rolle des Ideengebers permanent eine Unzahl von bürokratischen Hindernissen und fachlichen Engstirnigkeiten überwinden mussten. Ohne die fachliche Unterstützung unseres Anwaltes Michael Günther und die Solidarität unserer zahlreichen Unterstützer sowie der Initiativen im Netzwerk »Recht auf Stadt«, die uns auf unserem Weg begleitet haben, wären wir nie soweit gekommen.

Das Beispiel Gängeviertel zeigt, dass das Potenzial für eine kreative, lebendige Stadt auf der Straße liegt. Die Politik muss nur das Vertrauen haben, Konsumenten zu Produzenten werden zu lassen.

[www.das-gaengeviertel.info](http://www.das-gaengeviertel.info)

#### **Gruß an Christine Ebeling (Gängeviertel-Initiative):**

Ich freue mich außerordentlich über Euren Erfolg nach reichlich zwei Jahren des intensiven Engagements auf allen Ebenen. Damit habt Ihr – d.h. die Initiative »Komm in die Gänge« und auch Du ganz persönlich – einen tollen und wichtigen Beitrag geliefert, der dieses traditionsreiche Quartier vor dem drohenden Untergang gerettet hat. Über die Auswirkungen auf die Stadtentwicklungspolitik werden wir in den nächsten Monaten sicherlich noch das eine oder andere Mal nachzudenken haben und sprechen. Jetzt erst einmal freue ich mich für Euch, dass wesentliche Wünsche und Forderungen in Erfüllung gehen.

Heike Sudmann

#### **Aus der Presseerklärung der Linksfraktion:**

Für Hamburg ist dieses Quartier – so wie es durch die Initiative geprägt worden ist – unbezahlbar. Nachdem die Aktivisten die denkmalgeschützten Häuser vor zwei Jahren vor dem Verfall gerettet haben, können sie nun endlich angemessen saniert werden. Die Entscheidung, das Gängeviertel in die Selbstverwaltung der Initiative bzw. der Gängeviertel-Genossenschaft zu übergeben, ist die einzig richtige. Nur so kann dieses Quartier als öffentlicher soziokultureller Raum, an dem das historische Miteinander von Leben und Arbeiten gepflegt wird, erhalten werden. Wir wünschen uns, dass die einzelnen sanierten Gebäude hoffentlich bald nach und nach an die Initiative übergeben werden. Wir danken der Initiative für ihre vielen Arbeitsstunden, für die Öffnung des Gängeviertels für alle, für den Schutz der Häuser, für ihren Mut und ihre Ausdauer.

Norbert Hackbusch, kulturpolitischer Sprecher

## Kulturipp: »Wer kämpft, kann verlieren...«



Besetzung von HDW in Hamburg im September 1983

Vom **23. bis 24. September** veranstaltet die Forschungsstelle für Zeitgeschichte eine höchst interessante Tagung in guter alter Protestforschungsmanier. Gewidmet ist das Seminar unter der Überschrift **»Strukturwandel und Protest«** den Entwicklungen in Hamburg und in Norddeutschland seit den 1970er Jahren.

Die ForscherInnen vermitteln dabei einen Überblick über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche, die in der Krise der Metall- und Werftindustrie ihren Ausgangspunkt hatten und bald zu Massenarbeitslosigkeit und in deren Gefolge zu Deregulierung, Flexibilisierung usw. geführt haben. Doch die VeranstalterInnen wollen auch den »Modernisierungs-« und vermeintlichen »Reformprozessen« Aufmerksamkeit widmen. Es geht also nicht zuletzt um neue Konsum- und Freizeitverhältnisse, das sich verändernde Geschlechterverhältnis und vieles mehr.

»Die Tagung »Strukturwandel und Protest«, so der Ankündigungstext, »fragt nach den Konturen dieses Wandels in Hamburg und Norddeutschland. In welchen Bereich lässt sich von

Krise sprechen und welche Faktoren waren charakteristisch für Hamburg und Norddeutschland? Wie wurde der Wandel in der Bevölkerung aufgenommen?« Fragen, um die auch eine vernünftig verortete linke Politik nicht herumkommt.

Das Seminar beginnt am Freitag, den 23. September um 14 Uhr in der Forschungsstelle (Beim Schlump 83). Christoph Strupp wird z.B. über die »Hamburger Hafenwirtschaftspolitik seit den frühen 1970er Jahren«, Janine Schemmer über den »Wandel der Arbeitswelt Hafen Hamburg«, Harry Friebe über »Weiterbildungsbiografien als Indikatoren des sozialen Wandels« referieren. Am Tag darauf führt u.a. Thomas Pohl in die Veränderungen der Stadt in den vergangenen Jahrzehnten ein, Karl Christian Führer betrachtet kritisch den Wohnungsmarkt, Peter Birke widmet sich den »Arbeitsverhältnissen und Leitbildern der Stadtentwicklung in Hamburg seit 1970«.

Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter [www.zeitgeschichte-hamburg.de](http://www.zeitgeschichte-hamburg.de). Wer Interesse hat, sollte sich allerdings umgehend anmelden, denn die Zahl der Plätze ist rar.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de) oder [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.